



**Entwicklung braucht
Entschuldung:
Staateninsolvenz-
verfahren in den
Koalitionsvertrag!**

Handreichung zur
erlassjahr.de-Kampagne
zur Bundestagswahl 2021

Inhaltsverzeichnis

Macht mit! Aktiv werden für faire Entschuldung zur Bundestagswahl 2021	3
Unsere Argumente: Für faire Entschuldung und ein Staateninsolvenzverfahren im Koalitionsvertrag	4
Die Positionen der Parteien zum Staateninsolvenzverfahren	6
Aktiv werden 1: Im direkten Dialog mit der Politik	8
Aktiv werden 2: Mit Button, Plakat, Jenga & Co.	10
Aktiv werden 3: Online und in den Sozialen Medien	11

**Entwicklung braucht Entschuldung:
Staateninsolvenzverfahren in den Koalitionsvertrag!
Handreichung zur erlassjahr.de-Kampagne zur Bundestagswahl 2021**

Eine Publikation von
erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V.
Mai 2021 (2. Auflage, aktualisiert im Juli 2021)

Titelblatt

erlassjahr.de-Aktivistin mit Kampagnen-Plakat
©erlassjahr.de

Weitere Informationen

erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e. V.
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 46 93 -196
E-Mail: buero@erlassjahr.de
www.erlassjahr.de/kampagne/bundestagswahl-2021

Bankverbindung

erlassjahr.de e. V.
Bank für Sozialwirtschaft in Köln
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE19370205000008247700

Diese Publikation wurde realisiert
mit finanzieller Unterstützung durch



Macht mit!

Aktiv werden für faire Entschuldung zur Bundestagswahl 2021

Liebe Mitträger, liebe Freund*innen von erlassjahr.de,

seit der Corona-Pandemie hat die Debatte um den Umgang mit der Schuldenkrise Hochkonjunktur: **Vom Weltbankchef und der UNESCO über die afrikanischen Finanzminister und die Allianz der Kleinen Inselstaaten bis hin zur globalen Entschuldungsbewegung und dem Papst – die ganze Welt fordert weitergehende Schuldenerleichterungen für die Länder im Globalen Süden.**

Schon vor Jahren forderten Entwicklungsländer in den Vereinten Nationen die **Wiederaufnahme von Verhandlungen zu einem Staateninsolvenzverfahren.** Jetzt werden diese Rufe wieder lauter! Denn die Folgen der Pandemie haben die Dringlichkeit dieser Forderung noch einmal unterstrichen.

Mit der **Kampagne „Entwicklung braucht Entschuldung: Staateninsolvenzverfahren in den Koalitionsvertrag!“ zur Bundestagswahl 2021** möchten wir dazu beitragen, dass die nächste Bundesregierung die Forderungen aus dem Globalen Süden ernst nimmt und die Schaffung fairer Entschuldungsverfahren in ihrer Politik fest schreibt. Mehrere Regierungen haben dies in der Vergangenheit schon einmal getan – 2002 und zuletzt 2009 sogar in den jeweiligen Koalitionsverträgen. Doch umgesetzt wurden sie nicht.

Das Wahljahr 2021 ist die Chance, das Vorhaben erneut anzugehen! Mehrere der großen Parteien haben die Lösung der globalen Schuldenkrise heute bereits wieder zu ihrem Programm erklärt. Jetzt gilt es sicherzustellen, dass sich die nächste Bundesregierung mit dem Thema auch wirklich befasst.

Dazu brauchen wir eure Unterstützung – lasst uns die Notwendigkeit fairer Entschuldung gemeinsam sichtbar machen!

Ob online oder offline, Mitmachen ist ganz einfach! Tragt unseren **Kampagnen-Button**, schreibt einen **Brief an eure Wahlkreis kandidat*innen** oder macht mit bei unserer **Plakataktion!** Wie positionieren sich die Parteien zum Thema? Was genau fordert erlassjahr.de und warum? Wo finde ich die Kontaktdaten meiner Wahlkreis kandidat*innen? Und wie kann ich mich in den Sozialen Medien engagieren? Auf diese Fragen geben die folgenden Seiten Antworten – und hoffentlich viele Anregungen für euer Engagement.

Werdet gemeinsam mit uns aktiv zur Bundestagswahl 2021 – denn Entwicklung braucht Entschuldung!

Euer Team von erlassjahr.de

Auf unserer **Kampagnen-Webseite** findet ihr ab dem 1. Juni aktuelle Informationen, politische Einschätzungen, verschiedene Vorlagen und Termine:

www.erlassjahr.de/kampagne/bundestagswahl-2021



Unsere Argumente

Für faire Entschuldung und ein Staateninsolvenzverfahren im Koalitionsvertrag

UN-Generalsekretär António Guterres hat klar gemacht: **Unsere Welt kann nur auf eine Art mit diesem Virus fertig werden – gemeinsam.** Globale Solidarität wird Leben retten, Menschen schützen und helfen, das Virus zu besiegen.

Die Realität jedoch sieht anders aus. Die Corona-Pandemie hat die Ungleichheit in der Welt vergrößert. Die Armen sind ärmer geworden und die Reichen reicher. Der Schuldenreport 2021 von MISEREOR und erlassjahr.de zeigt, dass die Corona-Pandemie zu einer Zunahme der weltweiten Überschuldungsgefahr geführt hat. 132 von 148 untersuchten Ländern, v.a. im Globalen Süden, sind kritisch verschuldet. Neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie wie etwa dem Rückgang des Tourismus und dem Verfall der Rohstoffpreise sind dafür Faktoren wie der überwiegend vom Globalen Norden verursachte Klimawandel und die Jagd auf höhere Renditen in den Ländern des Globalen Südens verantwortlich.

Bei uns wird über jedes Detail der Impfkampagne gestritten. **Gleichzeitig können viele Staaten, vor allem im Globalen Süden, gar nicht an eine flächendeckende Impfkampagne denken, weil die Impfstoffe völlig ungleich in der Welt verteilt werden und ihnen die Mittel für ihre Gesundheitssysteme fehlen.** Entwicklungsminister Gerd Müller und UN-Generalsekretär António Guterres haben darauf hingewiesen, dass auch die vor kurzem von den G7-Staaten zugesagten Milliardenhilfen für die Pandemiebekämpfung im Globalen Süden allein nicht ausreichen.

Während bisher die Gläubiger der verschuldeten Staaten unter allen Umständen auf termingerechter Zahlung bestanden haben, hat unter dem Eindruck der Corona-Pandemie ein Umdenken begonnen. **Weltbankchef David Malpass und die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) Kristalina Georgieva haben eindrücklich auf die Unhaltbarkeit der Verschuldungssituation hingewiesen.** Der IWF bot eine Streichung des Schuldendienstes von 29 armen Ländern bis Oktober 2021 an, die G20-Staaten wiederum ein Schulden-Moratorium, das die Schuldendienstzahlungen für bestimmte Länder aufschiebt. Mit dem G20 Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI wurde zudem anerkannt, dass die Stundung von Schuldendienstzahlungen allein nicht genug ist.

Aber das bisher Getane ist nicht ausreichend. Nicht alle hochverschuldeten Staaten werden bisher berücksichtigt oder sie beteiligen sich aus Sorgen um ihr Rating nicht. Echte Schuldienstreichungen werden nicht davon abhängig gemacht, ob diese für die Wiederherstellung von Schuldentragfähigkeit notwendig sind, sondern von der Bereitschaft des einzelnen Gläubigers. Faire Entschuldung und Lastenteilung für alle Seiten werden dadurch erschwert.

Im internationalen Recht klafft schon lange eine Lücke. Während in vielen Staaten und natürlich auch in Deutschland ein Insolvenzrecht für verschuldete Unternehmen und Privatpersonen seit langem selbstverständlich ist, fehlt im internationalen Recht immer noch eine entsprechende Regelung für insolvente Staaten. Zu den wenigen

Beispielen fairer Entschuldung zählt neben Indonesien 1969 die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg im Londoner Schuldenabkommen von 1953. Die Entschuldung war entscheidend für den wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit.

Der Deutsche Bundestag hat schon in den Wahlperioden 14 bis 18 (1998 bis 2017) mehrfach über ein Staateninsolvenzverfahren debattiert. Zuletzt hat er im November 2020 mit der Mehrheit von CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Grünen und der Linken einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen für ein Staateninsolvenzverfahren abgelehnt. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 02.11.2020 und das Protokoll der Debatte im Plenum vom 05.11.2020 liefern wertvolle Informationen zu den Positionen der Parteien. **CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke haben sich darin prinzipiell für ein Staateninsolvenzverfahren ausgesprochen und auf die Notwendigkeit einer Lösung der Schuldenkrise hingewiesen.** Die trotzdem erfolgte Ablehnung wurde mit Argumenten wie einem unrealistischen Zeitplan für die Umsetzung, zusätzlichen Kosten für das Personal einer Schiedsstelle und der Unmöglichkeit einer Konkursverwaltung für souveräne Staaten begründet. Solche Einwände prägen die Diskussion um rechtsstaatliche Entschuldungsmöglichkeiten für Staaten schon lange. **Sie sind jedoch vielfach von erlassjahr.de und anderen entkräftet worden und stellen keineswegs unüberwindliche Hindernisse dar.**

Wir fordern von unseren Bundestagsabgeordneten, sich auch gegen bürokratische Widerstände für die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens einzusetzen. **Das Thema der Schuldengerechtigkeit gehört in jedes Partei- und Wahlprogramm und in die Koalitionsvereinbarungen der zukünftigen Bundesregierung** – wie zuletzt 2002 im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen und 2009 im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP.

Doch Absichtserklärungen und Papiere sind gerade jetzt nicht genug – auch auf parlamentarischer Ebene muss Schuldengerechtigkeit eine noch stärkere Rolle spielen, damit Worte zu Taten werden.

Die entwicklungspolitischen und finanzpolitischen Ausschüsse und Arbeitsgruppen des neuen Bundestags müssen das Thema aufgreifen. Und auch wenn Deutschland für die meisten Staaten nur ein Gläubiger unter vielen ist, muss die Bundesregierung ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht in der EU, unter den G7- und G20-Staaten und in den Vereinten Nationen dafür einsetzen, dass ein Staateninsolvenzverfahren im europäischen Recht verbindlich geregelt und international durchgesetzt wird. Ein Weg dafür könnte eine EU-Initiative bei den Vereinten Nationen sein.

Für die Übergangszeit bis zur verbindlichen Umsetzung eines Staateninsolvenzverfahrens fordern wir von unseren Bundestagsabgeordneten, sich im Rahmen ihres Mandats für mehr Gerechtigkeit im Umgang mit verschuldeten Staaten einzusetzen – zum Beispiel im Hinblick auf das aktuelle Umschuldungsverfahren der G20. Dazu gehören insbesondere folgende Schritte:

- die **Öffnung** der vorhandenen Schuldenerleichterungsmechanismen **für alle kritisch verschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer**
- im Überschuldungsfall die **Ermöglichung echter Schuldienstreichungen** anstatt der Beschränkung auf Erleichterungen beim Schuldendienst
- die verbindliche **Einbeziehung aller – auch multilateraler und privater – Gläubiger**
- sowie die **Streichung illegitimer Schulden**.

Zum Nachlesen

Auf unserer **Kampagnen-Webseite** findet ihr alle hier erwähnten Quellen und Dokumente sowie die Fachinformation „Häufig erhobene Einwände gegen ein Internationales Insolvenzverfahren“ mit weiteren Argumenten.

Die Positionen der Parteien

Zum Staateninsolvenzverfahren

SPD

„Viele Länder befanden sich schon vor der Corona-Pandemie in einer Schuldenkrise, die jetzt noch vergrößert wird. Zentrale Säulen der Entwicklungsfinanzierung sind zusammengebrochen und Finanzströme ausgetrocknet. Das kurzfristige Aussetzen des Schuldendienstes im Rahmen der G20 und des IWF brachte Erleichterung. Wir unterstützen eine Initiative für ein globales Staateninsolvenzverfahren, das staatliche und vor allem private Gläubiger miteinbezieht und das Schuldenerlasse für besonders gefährdete Ländergruppen formuliert und umsetzt.“

Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2021, im Kapitel IV „Souveränes Europa in der Welt“ unter der Überschrift „Frieden sichern“, verabschiedet im Mai 2021

„Wir fordern einen Schuldenschnitt und eine nachhaltige Entschuldungsinitiative für alle Länder des Globalen Südens, deren Schuldenlast nicht tragfähig ist. Private Gläubiger müssen gezwungen werden, sich an dieser Schuldeninitiative zu beteiligen. Wir fordern die Einführung eines Staaten-Insolvenzverfahrens.“

Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021, im Kapitel „Soziale Gerechtigkeit Weltweit“ unter dem Abschnitt „Gerechte Steuern Weltweit“, verabschiedet im Juni 2021

DIE LINKE

Zum Nachlesen

Auf unserer [Kampagnen-Webseite](#) findet ihr alle Wahlprogramme und die wichtigsten Dokumente zu den Positionierungen der Parteien verlinkt. Außerdem haben wir dort alle Parteipositionen in [Blogbeiträgen](#) kritisch kommentiert.

Schaut mal rein!

**CDU
CSU**

„Europa muss auf Wirtschafts- oder Finanzkrisen besser vorbereitet sein, damit diese schneller und besser überwunden werden können. Dafür braucht es mehr Stabilität in ganz Europa.“

- Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Bankenunion und die Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln und vollenden.

- Für den Umgang mit Staaten, die von einer Wirtschafts- und/oder Finanzkrise betroffen sind, benötigen wir geordnete Verfahren bis hin zu einem Insolvenzverfahren für Staaten.“

Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2021 im Kapitel „Neue Weltpolitikfähigkeit – mit Leidenschaft für ein starkes Europa“ im Unterkapitel „Wettbewerbsfähiges und stabiles Europa“ unter der Überschrift „Europäische Finanzarchitektur krisensicher machen“, verabschiedet im Juni 2021

„Viele Länder des globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise. Das derzeitige Schuldendienstmoratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir brauchen solide Schuldenrestrukturierungen und auch Schuldenerlasse, die Ländern Luft für eine nachhaltige Entwicklung verschaffen. Um für künftige Überschuldungskrisen vorzusorgen, setzen wir uns für ein bei den Vereinten Nationen angesiedeltes, transparentes und unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten ein. Private Gläubiger müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an einem solchen Verfahren teilzunehmen, damit Entschuldungen nicht mehr blockiert werden können und so etwa Geierfonds auf Kosten anderer profitieren. Solange eine internationale Lösung nicht durchsetzbar ist, müssen Deutschland und andere Regierungen mit koordinierter Gesetzgebung den Anfang machen. Damit wollen wir den zu hoch verschuldeten Staaten im globalen Süden weitere Handlungsspielräume für sozial-ökologische Transformationsprozesse ermöglichen, etwa um ihre Gesundheits- und Sozialsysteme zu verbessern.“

Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2021, im Kapitel 6 „International zusammenarbeiten“, im Abschnitt „Wir streiten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung“, unter dem Titel „Entwicklung ermöglichen, Schuldenkrisen lösen“, verabschiedet im Juni 2021

Freie Demokraten

FDP

„Wir Freie Demokraten wollen ein Verfahren für geordnete „Staatsinsolvenzen“ schaffen. Damit wollen wir private Gläubiger einzelner Staaten stärker in die Verantwortung nehmen. Bevor an ein Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem Europäischen Währungsfonds (EWF) fließen, muss es künftig eine Beteiligung der privaten Gläubiger dieses Staates an den Stabilisierungslasten geben, zumindest in Form einer Laufzeitverlängerung der jeweiligen Staatsanleihen. Eine solche Beteiligung des Privatsektors wäre gleichzeitig die wirksamste Krisenprävention, weil ein Staat sich dann in der Regel gar nicht erst unangemessen hoch verschulden könnte. Auch müssen der EWF und der Finanzstabilitätsrat mit ihrer analytischen Kompetenz bereits frühzeitig in die Krisenprävention eingebunden werden.“

Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2021, im Kapitel „Nie waren die Chancen größer: Bewältigen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit!“ unter der Überschrift „Klare Regeln“, im Abschnitt „Gläubigerbeteiligung bei Finanzierungskrisen einzelner Staaten in der Eurozone“, verabschiedet im Mai 2021

Aktiv werden 1

Im direkten Dialog mit der Politik

Die Parteien haben ihre Positionen zum Staateninsolvenzverfahren festgelegt. Doch wie können wir nun dafür sorgen, dass sie das Thema im Wahlkampf und darüber hinaus nicht vergessen? Der persönliche Dialog im Wahlkreis, entweder schriftlich oder im direkten Gespräch, ist dafür das beste Mittel.

Aber wie spreche ich meine Wahlkreiskandidat*innen und Abgeordneten am besten an? Und wo und wie finde ich die Kontaktdaten?

Eine erste Kontaktaufnahme funktioniert am besten über das **Wahlkreisbüro** vor Ort. Alternativ kann der Weg über die Bundestagszentrale in Berlin gegangen werden.

Über www.bundestag.de/abgeordnete könnt ihr herausfinden, welche Abgeordneten aktuell euren Wahlkreis im Bundestag vertreten. Auch über www.abgeordnetenwatch.de könnt ihr beispielsweise über eure Postleitzahl ganz unkompliziert die Kontaktdaten der lokalen Abgeordneten und – sobald die Landeslisten festgelegt sind – auch die der Wahlkreiskandidat*innen abrufen.

Wie gestalte ich die erste Kontaktaufnahme?

Schreibt dem oder der Abgeordneten am besten zunächst einen **Brief** oder eine **E-Mail**. Diese sollten enthalten:

- Eine kurze **Vorstellung der eigenen Gruppe** oder Organisation und warum ihr euch mit dem Thema beschäftigt; ggf. ein Hinweis auf direkte Beziehungen zu Partnern in kritisch verschuldeten Ländern.

- Eine kurze **Erläuterung des Problems** sowie der politischen Forderungen.
- Gegebenenfalls **Hinweise auf aktuelle Parteipositionierungen**, auf prominente Stimmen für Entschuldung usw.
- Die **Bitte um Stellungnahme** zur Forderung der Kampagne sowie zu konkreten Fragen oder die **Bitte um ein Gespräch**.

Einen **Beispielbrief zur Ansprache** findet ihr auf unserer Kampagnen-Webseite als Vorlage, die ihr beliebig anpassen könnt.

Tipp zum Brief:

Auf der nächsten Seite findet ihr einige **Beispielfragen**. Diese eignen sich sowohl für ein direktes Gespräch als auch für den schriftlichen Dialog. Wählt eure Lieblingsfragen aus und stellt sie euren Wahlkreiskandidat*innen gleich im Brief. Schickt uns auch gerne die Kopie des Antwortbriefes.

Mein*e Wahlkreiskandidat*in ist zu einem Gespräch bereit. Was sollte ich beachten?

Zur Vorbereitung könnt ihr eurem*r Gesprächspartner*in vorab Informationsmaterialien von erlassjahr.de zuschicken. Bereitet euch mit den Beispielfragen und Informationen in diesem Heft und auf unserer Kampagnen-Webseite auf das Gespräch vor.

Wichtig: Ihr müsst keine Themenexpert*innen sein, um eure Abgeordneten um Stellungnahme zu bitten und kritische Fragen zum Thema zu stellen!

Und: Ihr seid nicht allein! Referent*innen von erlassjahr.de stehen auch gerne für die Unterstützung bei Gesprächen mit den Politiker*innen zur Verfügung. Kontaktiert uns dazu einfach im Büro.

Während des Gesprächs solltet ihr ein **Gesprächsprotokoll** anfertigen, in dem ihr festhaltet, welche neuen Informationen das Gespräch gebracht hat und welche Zusagen inhaltlicher oder formaler Art von dem*der Gesprächspartner*in gemacht worden sind.

Zum Abschluss könnt ihr fragen, ob ihr den*die Wahlkreiskandidat*in für ein Folgegespräch zum Beispiel nach der Wahl wieder kontaktieren und ob ihr ein **Bild** machen und dieses für eure Webseite, die Sozialen Medien oder einen begleitenden Presseartikel nutzen dürft.

Beispielfragen an die Politik

Das deutsche Entschuldungsbündnis erlassjahr.de warnt seit Jahren vor einer sich zuspitzenden Schuldenkrise im Globalen Süden. Auch der IWF und die Weltbank äußerten sich bereits vor Ausbruch der Corona-Krise ähnlich.

- *Wie schätzen Sie die Entwicklung ein? Teilen Sie die Sorge, dass dies wie bereits in den 1980er Jahren zu einem „verlorenen Entwicklungsjahrzehnt“ für viele Länder des Globalen Südens führen könnte?*
- *Teilen Sie die Einschätzung, dass die internationale Finanzarchitektur insbesondere bezüglich des Umgangs mit überschuldeten Staaten dringend reformiert werden muss? Wenn ja, wie sollte eine solche Reform Ihrer Meinung nach aussehen?*

Geraten Privatpersonen oder Unternehmen in die Zahlungsunfähigkeit, gibt es in Deutschland wie in fast allen Staaten Insolvenzgesetze, in deren Rahmen die verschiedenen Ansprüche miteinander abgewogen werden. So begrenzt das Privatinsolvenzrecht das Recht der Gläubiger auf Rückzahlungen grundsätzlich da, wo das Überleben des Schuldners in Würde gefährdet ist.

- *Wie positionieren Sie sich persönlich und Ihre Partei in Bezug auf die Forderung nach einem fairen und transparenten Insolvenzverfahren für Staaten auf globaler Ebene, um die Grundrechte der Bevölkerung des Schuldnerlandes in vergleichbarer Weise zu schützen?*

Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) hat zu Beginn der Pandemie schnell auf die Krise reagiert und den ärmsten Ländern ein Schuldenmoratorium angeboten.

- *War das Ihrer Meinung nach ein richtiger Schritt? Und was soll mit Ländern geschehen, die nicht, wie vorgesehen, ab 2023 die ausgefallenen Zinsen und Tilgungen nachholen können?*

Von vielen Seiten wird seit Ausbruch der Corona-Pandemie davor gewarnt, dass die Verwirklichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) bis 2030 quasi unmöglich geworden ist.

- *Können und sollten aus Ihrer Sicht Schuldenerlasse bei der Finanzierung dieser Ziele eine Rolle spielen?*

Diese und weitere Beispielfragen findet ihr auch auf unserer [Kampagnen-Webseite!](http://erlassjahr.de)

Aktiv werden 2

Mit Button, Plakat, Jenga & Co.

Ihr wollt mitmachen, aber für ein direktes Gespräch mit der Politik fehlt euch die Zeit? Nichts leichter als das! Es gibt viele Möglichkeiten, unsere Kampagnenforderungen in die Welt hinaus und an die Politik heranzutragen:

- ➔ Tragt den beiliegenden **Kampagnen-Button** bei verschiedenen Gelegenheiten und macht damit das Thema in der Öffentlichkeit sichtbar. Weitere Buttons können kostenlos bei erlassjahr.de bestellt werden.
- ➔ Veröffentlicht einen **Artikel zum Thema in euren lokalen Medien** oder trägereigenen Publikationen. Eine Vorlage dazu findet ihr auf unserer Kampagnen-Webseite.
- ➔ Leihet euch bei uns das „**Schulden-Jenga**“ aus und ladet die lokale Politik zum Mitspielen ein! Schaffen es die Mitspielenden, genug zu sparen, ohne dass der ganze Turm einstürzt? Das Schulden-Jenga kann kostenlos bei erlassjahr.de ausgeliehen werden. Schenkt allen Mitspieler*innen einen Kampagnen-Button und macht ein Foto davon, wie sie den Button tragen.



- ➔ Und vor allem: Macht ein Foto mit dem beiliegenden **Kampagnenposter** und schickt es uns **bis zum 31. August** per E-Mail an buero@erlassjahr.de oder per WhatsApp oder Signal an 0157-50614600. Auf dem Plakat könnt ihr unterschreiben, euer Logo malen oder eure eigenen Gedanken dazu formulieren, warum ihr die Kampagnenforderung unterstützt! Vielleicht habt ihr ja Lust, gemeinsam in eurer Gemeinde oder im Weltladen kreativ zu werden? Ab dem 1. September werden wir die Fotos auf Facebook und Twitter posten und damit die Unterstützung für unser Thema sichtbar machen.

Natürlich könnt ihr die Fotos auch selbst über eure eigenen Kanäle in den Sozialen Medien posten, auf eure Webseiten stellen oder im Schaukasten aushängen!

Und nicht vergessen: Tragt auf dem Foto sichtbar den beiliegenden **Kampagnen-Button**. Vielleicht habt ihr auch noch einen bunten **erlassjahr.de-Schal** im Schrank? Falls nicht, könnt ihr ihn bei uns im Shop bestellen.



Aktiv werden 3

Online und in den Sozialen Medien

Ihr würdet gerne aktiv werden, aber alles, was mit persönlicher Begegnung zu tun hat, ist für euch wegen Corona gerade nicht möglich? Dann beteiligt euch einfach online und in den Sozialen Medien!

- ➔ Stellt euren Abgeordneten zum Beispiel eine Frage über die Webseite www.abgeordnetenwatch.de. Die Webseite ist der zentrale Sammelpunkt für den digitalen Austausch zwischen Bürger*innen und Abgeordneten und Wahlkreis kandidat*innen. Mit nur wenigen Klicks könnt ihr dort mit euren Abgeordneten unkompliziert in Kontakt treten. Ihr könnt die Politiker*innen nach Postleitzahl, Name und/oder Partei filtern.

Das Besondere an abgeordnetenwatch.de ist, dass die Fragen und Antworten auf der Webseite öffentlich sichtbar sind, sodass nicht nur ihr die Antwort seht, sondern auch alle anderen Nutzer*innen der Webseite. Schreibt am besten gleich mehrere Kandidat*innen an, sodass ihr die Antworten vergleichen könnt. Beispielfragen findet ihr auf Seite 9 in dieser Handreichung und auf der Kampagnen-Webseite.

- ➔ Manche Politiker*innen bieten auch **digitale Sprechstunden** an oder treten bei Online-Veranstaltungen auf, bei denen ihr sie zu ihrer Position zum Staateninsolvenzverfahren befragen könnt.

Informationen zu möglichen Sprechstunden findet ihr auf den Webseiten der jeweiligen Politiker*innen.

- ➔ Oder wendet euch auch direkt per **Twitter** an eure Abgeordneten, zum Beispiel mit einem Foto des Kampagnenplakats. Viele Abgeordnete haben einen eigenen Twitter-Account. Nutzt für euren Tweet zum Beispiel einen der drei Hashtags: **#CancelTheDebt**, **#StreichDieSchulden** oder **#EntwicklungBrauchtEntschuldung**.

Taggt auch [@erlassjahr](https://twitter.com/erlassjahr) in eurem Tweet, dann bekommen wir ihn angezeigt und können ihn retweeten. Ein Tweet könnte zum Beispiel so aussehen wie unten im Bild. Auf unserer Kampagnen-Webseite haben wir für euch weitere Beispiel-Tweets formuliert.





erlassjahr.de

Entwicklung braucht Entschuldung

Das deutsche Entschuldungsbündnis „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.“ setzt sich dafür ein, dass den Lebensbedingungen von Menschen in verschuldeten Ländern mehr Bedeutung beigemessen wird als der Rückzahlung von Staatsschulden. erlassjahr.de wird von mehr als 500 Organisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft bundesweit getragen und ist eingebunden in ein weltweites Netzwerk nationaler und regionaler Entschuldungsinitiativen.

Ein ganz herzlicher Dank an alle, die sich an unserer Kampagne beteiligen! Gemeinsam schaffen wir es, dass die Forderung nach fairer Entschuldung im Wahljahr 2021 an vielen Orten online und offline sichtbar wird!

Alle Infos zur Kampagne zur Bundestagswahl 2021, weitere Mitmachmöglichkeiten, Länderbeispiele, Termine und thematische Hintergrundinformationen findet ihr auf unserer Kampagnen-Webseite unter

www.erlassjahr.de/kampagne/bundestagswahl-2021

erlassjahr.de - Entwicklung
braucht Entschuldung e. V.

Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 46 93 -196

E-Mail: buero@erlassjahr.de

www.erlassjahr.de

Meine
für
Entsch